

Schleswig, am 9. Juni.

Wochen schau.

Am Donnerstag sind Ihre Königlichen Majestäten aus Woburn nach der Villa Stresem zurückgekehrt.

Eine der wichtigsten gesetzgeberischen Arbeiten für das Deutsche Reich ist in dem stillen Werken der Kommission ihrer Volksversammlung entgangen; der fünfte und letzte Theil des Codicils zum Bürgerlichen Gesetzbuch, das Urtheil umfassend, ist in zweiter Befung fertig gestellt und wird in kürzester Frist veröffentlicht werden. Der Bundesrat wird sich schon im Herbst damit zu befassen haben.

Die Sicherheit des Nord-Ostsee-Kanals ist durch die Probejahr des Hamburger Postkamfers „Palatia“, der zu diesem Zwecke dem Reichstanzler zur Verhüfung gestellt war, auch allein zweckmäßig. Auf der Rückfahrt von Kiel nach Hamburg befand sich die Prinzessin Heinrich an Bord. Die „Palatia“ legte die Fahrt durch den Kanal in den vorschriftsmäßigen Geschwindigkeiten von 10 Kilometern die Stunde zurück, u. z. unter eigenem Dampf und ohne jede Schwierigkeit und Gefährdung der Dammufer. Auch für die Fahrt durch die Brunsbütteler und Holtenauer Schleusen wurde ein Schleppdampfer nicht in Anspruch genommen. Wenn man bedenkt, daß bis „Palatia“ ein mächtiges Doppelschaufelradschiff von 14500 Tonnen Displacement ist, so begreift sich leicht, daß die Ausstreuungen über mangelhafte Herstellung und Feigigkeit der Kanalautoren, über bereits eingetretene Rutschungen u. dgl. ziemlich häufiger Natur gewesen sein müssen.

In Kassel tagte bis zum 6. Juni der Kongreß der Deutschen Kolonialgesellschaft unter Vorst. Dr. Hobeit des Herzogs Johann Albrecht von Mecklenburg. Eine Reihe von mehr oder minder wichtigen Anträgen wurde angenommen, darunter der (an den Bundesrat zu richtende) Einführung von Kolonialbriefmarken.

Die fast unglücklichen Zustände, die der sich gegenwärtig in Kosten abspielende Prozeß bezüglich des dortigen Aegianer-Hofes Marienberg ans Tageslicht bringt, geben einzelnen Blättern zu Betrachtungen über den Stand des deutschen Interreiches Veranlassung; so schreibt die Woch. Allgemeine Zeitung:

Schon längst ist man darüber einig, daß die Aussicht und Überwachung, welche in Preußen hinsichtlich der Privatenanstalten geübt wird, durchaus unzureichend ist. Gemeinhin ist ja die Anstaltsleitung auf irgend eine Weise von der ihr bevorstehenden Revision vorher unterrichtet und daher in der Lage, dem Kreisphysikus die Anstalt als Musteranstalt vorzuführen. Der Werth dieser Revisionen ist höchst gering, mit gutem Gewissen kann man behaupten, daß er hinter dem Werthe der Tagelöhner zurückbleibt, welche an den mit der Revision betrauten Beamten zu bezahlen sind. Unleugbar ist in weiten Kreisen des deutschen Volkes die Überzeugung verbreitet, daß es zur Zeit nicht nur möglich ist, Personen, welche keineswegs zu der Besorgung ihrer Angelegenheiten unfähig sind, der bürgerlichen Rechte vollständig zu beraubten, sondern daß auch in den Ferienanstalten nicht selten Dinge vorkommen, welche an die grausigen Zeiten erinnern, in denen Buchthäuser schlechthin Beschaffenheit als geeignete Bewahrungshäuser für geistesgekrüppelte Personen angesehen wurden.

Die standöden Misshandlungen, von welchen in letzter Zeit wiederholt vernommen wurde, gehörten leider der Wirklichkeit an und sie erheischen es dringend, daß der Staat mit kräftiger Hand eingreife, um solchen Missbrauchen ein Ende zu machen. Dass man in der Aegianer-Anstalt in Marienberg die Geisteskranken als vom Teufel Besessene betrachtet, kann bei dem geflügelten Rübeau dieser Brüder kaum wundernehmen, man darf aber begierig darauf sein, was die preußische Regierung dieser Anstalt gegenüber thun wird. Zugleich darf man wohl auch mit einiger Spannung den Maßregeln entgegensehen, welche ergriffen werden, um zu verhindern, daß entgegen dem Gesetze die Festhaltung eines Geistlichen in einer Demeritensanstalt die Dauer von drei Monaten übersteigt; Unterschreitung des Gesetzes schlägt nicht vor Strafe, merkwürdig ist es aber, daß der Vorsteher einer solchen Anstalt von dem Bestehen eines solchen Gesetzes nichts gewußt hat! Die Regierung würde offenbar gut daran thun, wenn sie den Demeritenanstalten wieder etwas mehr Aufmerksamkeit zuwenden wollte.

Die Stichwahlen in Italien sind der gehirten Erwartungen entsprechend ausgefallen, sodass die Regierung über eine Mehrheit von reichlich hundert Stimmen verfügen wird. Leider zeigt sich diese Mehrheit aber keineswegs aus homogenen Elementen zusammen, und so wird denn Herr Crispi ununterbrochen die Macht seiner Persönlichkeit in Aktion treten lassen müssen, um zu verhindern, daß die neue Kammer dem Schicksal ihrer Vorgängerin, einer allmählichen Verfestigung und Dislozierung der Mehrheitsparteien, versalle. Im höchsten Grade bedauerlich erscheint die demonstrative Wahl mehrerer wegen der letzten revolutionären Bewegungen in Sizilien und in Mittelitalien zu mehrjähriger Verleihung verurtheilter Personen. Wenn auch diese Wahlen, da die Verurtheilten als Verbrecher die bürgerlichen Rechte verloren haben, ungültig sind, so bildet sie doch unbedeutende Symptome für den in einigen Theilen Italiens herrschenden Geist. Dieser Geist hat sich auch in dem Attentate auf den Deputierten Luigi Ferrari gezeigt; es ist eben der fanatische Hass der Umsurzlemente gegen Crispi. Ferrari bekleidete vor dem einen Unterstaatssekretärposten im Ministerium, und der auf ihn verübte Mordanschlag war planmäßig vorbereitet.

In Paris haben die Umsturzler bei dem internationalen Bergarbeiterkongresse nicht nach Wunsch reuflirt; die praktischen Engländer erklärten sich gegen die allgemeine, unterscheidungslose, doktrinäre Einführung des Achtundertages.

In England hat die Anwesenheit des von aller Welt angeseherten Kronprinzen von Aschanistan, Tsar' Ulrich, zu Versicherungen herzlicher Freundschaft zwischen beiden Ländern geführt. Man wird also hünftig in Petersburg ein schärferes Auge nach Süden richten.

In moslemischen Staaten regt es sich selndlich an allen Orten und Enden gegen die Angehörigen und Vertreter von christlichen Ländern. Bald aus Marocco, bald aus Armenien oder Djedda hört man von Raub oder Mord, dem keine Sühne folgt; und in Ägypten erwartet man größere Unruhen. Die Entsendung vereinzelter kleiner Kriegsschiffe scheint nicht die nöthige Achtung zu erzwingen; es wird wohl schwächer, gemeinsamer Maßregeln, wie j. B. die Flottendemonstration gegen Griechenland, bedürfen.

Tagegeschichte.

Deutschland.

Berlin, 8. Juni. Der Verein zum Schutz der Goldwährung richtet am 7. Juni eine Engage an den Reichstanzler, wonit die Bestrebungen zur Abänderung der Goldwährung bekämpft werden und die dringende Bitte an die Reichsregierung ausgesprochen wird, den bimetallistischen Bestrebungen zu widerstehen.

Kiel, 8. Juni. Heute vormittag begab sich Sr. Maj. der Kaiser in Begleitung des Viceadmirals Hollmann nach der Kanalmündung und bestichtigte, von den Geheimräthen Löwe und Füllner geleitet, zunächst den südlichen Festplatz und die dort errichtete Festhalle. Hierauf nach den üblichen Festplätzen bei Holtenau, besichtigte der Reichthurm und die Tribünen, lehrte 11 Uhr nach dem Hafen zurück und besichtigte die Yachten „Meteor“ und „Vimeta“, besuchte das Panzerfisch „Dagen“ und ging mittags an Bord des „Hohenzollern“. Nachmittags ist eine Segelpartie in Aussicht genommen.

Seine Majestät der Kaiser und Ihre Majestät die Kaiserin werden mit den kaiserlichen Pinzen und dem Gefolge am 19. Juni um halb 4 Uhr Nachmittags in Hamburg eintreffen. Der kaiserliche Sonderzug wird vor dem durch die Baudéputation zu einem würdigen Empfangsraum umgestalteten Dammhorpavillon halten, wo die Begrüßung der Majestäten durch eine Senatsdeputation und drei Damen des Senats erfolgen wird. Die Majestäten werden sich sodann in zwei Bierzägen und gefolgt von etwa 20 Wagen nach dem an den St. Pauli Landungsbrücken liegenden Auto „Kaiserauh“ begeben. Die später erfolgende Ruffahrt der Majestäten zum Diner im Rathaus wird von den St. Pauli Landungsbrücken aus nach dem Rathaus erfolgen. Nach Schluss des Dieners werden der Kaiser und die Kaiserin sich zu Fuß nach der runden Treppe bei der Schleusenbrücke begeben, von wo die Ruffahrt mittels Dampfschiffes nach der Insel in der Binnenalster stattfindet. Von der Insel werden die Majestäten, sowie die an der Ruffahrt teilnehmenden Fürsten gegen halb 11 Uhr nach dem Alsterthor fahren, und von dort nach dem Hasenthor, wo die Enthaltung erfolgt. Die am Abend von den Majestäten passierten Straßen werden, ebenso wie die Umgebung der Binnenalster, durch Fackelbrenner erhellt werden. Außerdem wird bengalische Beleuchtung der Kirchthüre und einzelner Gebäude stattfinden. Den Schluss wird ein im Augenblick der Vorbesichtigung des Kaisers bei Altonaer Grenze auf Hamburger Gebiet zu veranstaltender pyrotechnischer Abschiedsgruß bilden.

Wie die „Nat. Ztg.“ meldet, werden sich der Großherzog und die Großherzogin von Mecklenburg-Schwerin demnächst zum Besuch des Fürsten Bismarck nach Friedrichsruh begeben.

Berlin, 8. Juni. An der morgigen Huldigungsfahrt des Gesamtausschusses des Bundes der Landwirthe nach Friedrichsruh werden etwa 120 Personen teilnehmen. Herr von Möll wird die Ansprache an den Fürsten Bismarck halten, welch' beiderseitig ein Schild von Süßer und eine Huldigungsbrosche überreicht wird.

Reisse, 8. Juni. Der Neisser Zeitung zufolge hat der Abgeordnete v. Kardorff das Reichstagssondat Oels Wittenberg niedergelegt.

Stuttgart, 8. Juni. Der König ist heute früh mittels Sonderzuges nach Balingen abgereist. Der Minister des Innern Bischel hat sich bereits gestern dorthin begeben. Von Ulm ist eine dritte Abteilung Pioniere mit Pontons und Brückenmaterial nach Balingen abgegangen. Gestern eröffneten sich mehrere Wollenbrüche über den Stolzenheimer Wald. Auch in Cannstatt war abends Hagelbeschlag. Der Neckar führt starles Hochwasser. Er bringt Laugholz, Holzscheite, Möbel und Thierleichen zu Thal. Denne ist der Himmel überall wolkenlos. Das Hilfkomitee, dem zumeist Abgeordnete aller Parteien angehören, veranstaltet Sammlungen.

Stuttgart, 8. Juni. In Begleitung des Generaladjutanten und des Flügeladjutanten hat sich der König heute früh 6 Uhr, wie schon gemeldet, in das Überschwemmungsgebiet bei Balingen begeben. Frau Prinzessin Katharina (die Mutter des Königs) spendete für die Notleidenden 1000 M. Neue Regengänge haben wieder Steigen des Wassers herbeigeführt, weshalb noch andauernd grohe Gefahr im Enzthal besteht. Minister Bischel äußerte, er habe die Berichterstattung schrecklich gefunden als alle Berichte sagten. Auch aus anderen Landesteilen treffen heute Postboten ein: Donau und Neckar und verschiedene Bäche sind an zahlreichen Orten aus ihren Ufern getreten und haben zum Theil arge Verwüstungen angerichtet. In Niedernau wurden vier Brücken weggerissen, in Ahmannshardt ist das Rathaus fortgeschwemmt worden, in Altenweiler eine Mühle, wobei ein Kind ertrank. In Tübingen wurden die Bewohner der Redarvorstadt gefüchtigt, ihre Keller schleunigt zu räumen. Das Thal bei Lustnau, Altenburg und Bleichwiesen ist vollständig überschwemmt. Aus einer Reihe von Orten werden von gestern wollenbrüchig Regen und verheerender Hagelbeschlag gemeldet. — Der König kam Vormittag halb 9 Uhr in Balingen an, besah die dortige Verwüstung, besuchte verschiedene Familien, die Angehörige verloren, sprach ihnen Trost zu und wies Geldgaben an. Auch Frommern und andere notleidende Gemeinden besuchte der König, überall von der Bevölkerung herzlich empfangen. Abends kehrte er nach Stuttgart zurück.

Oesterreich.

Wien, 8. Juni. Heute Mittag versammelten sich die ungarischen Delegirten in der Hofburg. Auf die Ansprache des Präsidenten Aladar Andrássy antwortete der Kaiser: „Die Sicherung treuer Ergebenheit, die Sie Mir wieder ausgesprochen haben, erfüllt Mich mit aufrichtiger Genugthuung. Mit lebhafter Besichtigung habe Ich hervorzuheben, daß seit der letzten Delegationstagung die auswärtigen Verhältnisse durchaus sehr erfreuliche geblieben sind. Die erfolgreiche Pflege der freundschaftlichen Beziehungen zu allen europäischen Mächten hat zu fortwährender Beruhigung und zur Belebung des allgemeinen Friedens wesentlich beigetragen. Festhaltend an den bisherigen bewährten Grundlagen unserer Politik, werden die Bestrebungen Meiner Regierung auch weiterhin auf die Stärkung dieses für unsre und die gemeinsamen Interessen Europas befürchtenden Zustandes gerichtet sein. Die Mehrforderungen Meiner Kriegsverwaltung bewegen sich in den gleichen Grenzen, wie im Vorjahr, die der Nothwendigkeit entsprechen, die Dank der Opferwilligkeit der Wölker geschaffene Organisation und Ausbildung des Heeres und der Kriegs-

macht weiter aufzugehalten und diese beiden Thesen der sozialen Macht auf des Höhe ihres Aufgabe zu erhalten. Die wirtschaftliche und finanzielle Lage der Monarchie wird hierbei möglichst berücksichtigt werden. Die Verhältnisse Bosniens und der Herzegowina weisen sowohl in wirtschaftlicher, als in jeder anderen Beziehung eine unveränderte bestrebende Entwicklung auf, und werden dieseänderung auch im Jahre 1896 in der Lage sein, für ihre Bedürfnisse aus eigenen Mitteln aufzukommen. Indem Ich die Ihnen zugehenden Briefen Ihren patriotischen Eifer und Ihrer bewohnten Einsicht empfehle, wünsche Ich Ihnen und Ihren Arbeitern den besten Erfolg und heiße Sie von Herzen willkommen!“

Wien, 8. Juni. 1200 Besatzungen und gleichgestellte Postbeamte haben heute den Dienst eingestellt, nachdem die Forderung auf Erhöhung ihrer Bezahlung zurückgewiesen worden war und die Worführer in die Provinz versetzt worden waren. Am rechten Donauufer wurden heute gar keine Briefe ausgetragen, am linken nur teilweise. Die Streikenden begaben sich in eine Offizierskaserne außerhalb des liegenden Polizeikorps, wo sie ihr Standquartier einrichten. Viele Postbeamte wurden auf dem Wege zu den Temtern von den Streikenden insuliert. Der Kutscher und der Briefträger eines Ambulanzwagens wurden mißhandelt und die Uebergabedokumente zerrissen.

Norwegen.

Das Norwegische Storting hat in seiner gestrigen Sitzung bis am 30. Mai zwischen Abgeordneten der drei Parteien verabschiedete Tagesordnung, welche Verhandlungen mit Schwerpunkt über bestimmte dringliche Angelegenheiten auf Grund der Anerkennung eines bilateralen Vertrags empfiehlt, nach kurzer Beratung mit 90 gegen 24 Stimmen angenommen. In der vorausgehenden Debatte wies Steen auf diese Ereignisse vom Jahre 1860 hin; mit Rücksicht auf diese Ereignisse wollte er für die Tagesordnung stimmen, besonders aber, weil sie ein besonderes norwegisches Missverständnis des Auswärtsagenten zur Voraussetzung habe. Vinde (Vinkel) erklärte, er müsse gegen die Tagesordnung stimmen, weil die Erfahrung lehre, daß Norwegen bei Verhandlungen nie sein Recht erlangt habe. Ullmann bezeichnete die Tagesordnung als zweideutig, er wolle aber in demselben Sinne, wie Steen sich äußerte, dafür stimmen. Schweigard hob hervor, wenn auch die Rechte für die Tagesordnung stimme, so halte sie doch an ihrer Ruffahrt über die Sachlage fest.

Christiania, 8. Juni. Der König, die Königin und der Kronprinz werden am Mittwoch hier eintreffen. Vor diese Nachtzeit hier bekannt wurde, hatte der Staatsrat beschlossen, den König telegraphisch zu bitten, hierher zu kommen, um eine neue Regierung zu bilden. Gerichtsweise verlautet, daß eine Kompromissregierung zu Stande kommen werde.

Frankreich.

Paris, 7. Juni. Die Heereskommission der Kammer beendete heute die Ausarbeitung des Spionage-Gesetzentwurfes und beschloß, die beiden Entwürfe über Spionage und über Verath in einen Gesetzentwurf zusammenzufassen.

Italien.

Rom, 8. Juni. Anlässlich der Eröffnung des Parlaments wurde die Garnison durch drei aus der Provinz herbeigerufene Bataillone Infanterie verstärkt. — In Catania wurden gestern zwei Anhänger Felices im Streit mit den Ministerialen erbolzt. — Der Besitz von Catania wurde, wie radikale Blätter melden, abberufen; man nimmt an, daß er in Unwade gefallen ist wegen der Wahl Felices und weil sich auf Cagliari nur wenige Stimmen vereinigt haben.

Spanien.

Madrid, 7. Juni. Nach Meldungen aus Cuba sind bei Tranquillab ein Scharmützel statt. Ein Offizier und 25 Mann wurden von einer fünfmal stärkeren Abteilung Rebellen angegriffen, doch gelang es ihnen, die Angreifer zurückzuschlagen, wobei sie vier Rebellen tödten und mehrere verwundeten. Die Spanier selbst hatten 4 Tote und 5 Verwundete.

Madrid, 7. Juni. Wie nunmehr feststeht, wird das spanische Geschwader, welches der Eröffnung des Nordostsekanals beiwohnt, am 11. Juni in Cherbourg einlaufen und dort 4 Tage bleiben. Ebenso auf der Rückfahrt von Kiel ebenfalls einlaufen.

Auskland.

Petersburg, 7. Juni. Das Amtsblatt meldet, daß die von Reisenden in Russland eingeschafften Warenproben, die bisher frei waren, den betreffenden Zolltarif unterliegen. Die gehälfte Zölle werden beim Wiederausgang der Proben aus Russland zurückgestattet.

Griechenland.

— Wie die „Athénische Zeitung“ aus Sofia meldet, hat der Untersuchungsausschuss seine Arbeiten beendet, ohne Stamblouw vernommen zu haben. Es heißt, der Ausschuss beantragte in seinem Bericht an die Sobranje, Anklage gegen Stamblouw wegen Verleugnung der Verfassung und wegen Mißbrauchs von Staatsgeldern zu erheben.

Türkei.

— Das „Neuter'sche Bureau“ erfährt aus guter Quelle, daß die Antwort der Porte auf das Reformprojekt, betreffend Armenien, nicht unbedingt alle gemachten Vorschläge ablehne, sondern vielmehr eine Verallgemeinerung aller für nothwendig erachteten Reformen befürworten. Es ist kaum zweifelhaft, daß die Porte auch weiterhin jeden Vorschlag einer Kontrolle des Macht Europas über die Verwaltung irgend eines Theiles des östlichen Reiches als ungerechtfertigt zurückweisen wird. Die Antwort der Porte ist in einer Weise abgefasst, die darauf berechnet ist, eine weitere Erörterung der strittigen Fragen zu veranlassen und so weitere Vorschläge hinzanzuhalten.

Constantinopol, 8. Juni. In Tarsus sind vom 3. Juni bis 5. Juni 26 Personen an der Cholera erkrankt, 15 Personen gestorben.

— Die Antwort der Mächte auf die Vorschläge der Porte bezüglich Armeniens steht noch aus. Said-Pascha hatte mehrere B-sprechungen mit den Botschaftern, welche gemeinsame Unterredungen hielten.

— Der auf dem französischen Schiffe „Bretel“ gefangen gehaltene türkische Offizier wurde in Odessa eingekerkert; der Sultan degradierte ihn und ließ ihn vor ein Militärgericht stellen. Die Zahlung einer Entschädigungsumme wurde vom Sultan versprochen.

Uffen.

— Die „Times“ meldet aus Hongkong: Die Japaner haben ihr Hauptquartier in Taipeh aufgeschlagen. Der Verlust auf japanischer Seite bei dem jüngsten G-schiff betrug